

# Rohstoffsicherung: Europas Versorgung auch durch heimische „Quellen“

IHK begrüßt EU-Intention mit Blick auf Bedeutung der Kies- und Sandgewinnung am Niederrhein

**Die sich abzeichnende Knappheit wichtiger Rohstoffe erzeugt in der Wirtschaft hohen Handlungsdruck. In der öffentlichen Wahrnehmung stehen bisher die „exotischen“ seltenen Erden im Vordergrund. Aber auch heimische Rohstoffe sind von Bedeutung, betont die Niederrheinische IHK mit Blick auf die Kies- und Sandvorkommen. Die EU-Kommission hat dies erkannt und setzt auch auf „heimische“ Quellen. Doch von Politik und Öffentlichkeit vor Ort kommt kräftiger Gegenwind.**

Die Problematik der Rohstoffverknappung und Preisexplosion hat die EU-Kommission veranlasst, eine Rohstoffstrategie zu starten. So hat sie am 2. Februar eine neue Mitteilung mit dem Titel „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze“ vorgelegt. Darin beschreibt die Kommission die Entwicklungen auf allen sogenannten Grundstoffmärkten (Energie, Landwirtschaft/Lebensmittel und Industrierohstoffe) und nennt als Ziele ihrer Rohstoffstrategie:

- 1) eine faire und dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen vom Weltmarkt zu sichern,
- 2) eine nachhaltige Versorgung innerhalb der EU zu fördern sowie
- 3) die Ressourceneffizienz zu steigern und Recycling zu fördern.



Foto: Ullrich Sorbe

Die Niederrheinische IHK sieht hier die richtigen Ansatzpunkte für eine europäische Rohstoffpolitik. Oberste Priorität sollten Verhandlungen zu Rohstoffabkommen haben, die den freien Zugang zu Märkten sichern. Gerade insoweit ist insbesondere die Bundesregierung gefragt, die auf EU-Ebene, aber auch international für entsprechende Vertragswerke eintreten sollte, über ihre Botschaften den Unternehmen „Türen öffnen“ muss oder auch die Anlaufinvestitionen (etwa Rohstoffexplorationen) der Firmen flankieren könnte, etwa über Bürgschaften. Klar ist: in einer wachsenden Welt mit großer industrieller Dynamik führt an der Erschließung neuer Lagerstätten kein Weg vorbei. Vor diesem Hintergrund ist auch die vorgeschlagene Förderung der Rohstoffgewinnung innerhalb der EU ein wichtiger Schritt. Dies wird nur gelingen, wenn

gesetzliche Rahmenbedingungen für die Flächennutzung, wie zum Beispiel Genehmigungsverfahren am jeweiligen Standort, entsprechend angepasst werden. Die als dritte Maßnahme vorgeschlagene effizientere Nutzung und Wiederverwertung von Rohstoffen ist aufgrund der hohen Rohstoffpreise allerdings schon betriebliche Praxis.

## Wie sieht es in NRW und insbesondere am Niederrhein aus?

NRW ist das rohstoffreichste Bundesland. Es ist Produktions- und Verbrauchsschwerpunkt im Bereich Steine und Erden sowie Standort einer leistungsfähigen Rohstoffindustrie. Der Niederrhein ist insbesondere reich an Kiesen und Sanden. Die NRW-Rohstoffvorkommen bilden nicht nur die Grundlage für die unmittelbare Rohstoff gewinnende und verarbeitende Industrie selbst, sondern auch für die Wertschöpfung in nachgelagerten Wirtschaftszweigen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf sichern die Rohstoff gewinnenden Unternehmen direkt rund 3 000, zusammen mit weiteren Stellen bei Zulieferern und Abnehmern sogar mehr als 10 000 Arbeitsplätze.

Was tut die Landesregierung? Sie will, so ihre Leitlinien für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutzpolitik, die Gewinnung von Kiesen und Sanden reduzieren, insbesondere durch Maßnahmen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs. Planerische Instrumente sollen dazu genutzt werden. Die Verankerung dieser Gewinnungspolitik soll über restriktive Bedarfsprüfung, Nutzung von Recyclingstoffen, gebündelten Abbau von Roh-

stoffen, Reduktion des Exportanteils sowie Einführung eines Kieseuros erreicht werden. Bei der Umsetzung dieser Politik spielt die Bezirksregierung als Planungsbehörde eine gewichtige Rolle.

Die Niederrheinische IHK warnt vor dieser Strategie der Landesregierung. Begründung: Bereits die bisherige Flächenausweitungspolitik und erst recht weitere, restriktionsorientierte Maßnahmen gefährden die ausreichende Versorgung mit Rohstoffen. Wettbewerbsfähige Unternehmens- und Branchenstrukturen in NRW und speziell am Niederrhein geraten in Gefahr. Zukünftig sollte die moderne Rohstoffgewinnungspolitik nach Auffassung der IHK als integrativer Bestandteil weiterführender Regionsentwicklungsprojekte begriffen werden. Das bedeutet: Gewinnungsflächen müssen unter Berücksichtigung einer ausreichenden Versorgungsquantität verstärkt dort ausgewiesen werden, wo ihre Gewinnung sogenannte integrierte oder Mehrzweck-Entwicklungen (zum Beispiel im Lippemündungsraum) begünstigt oder sogar erst ermöglicht. Ein wichtiges Kapitel ist hierbei auch der Hochwasser-Schutz.

Ein weiteres Argument der IHK: Die Vermarktung der Produkte muss weiterhin nach marktwirtschaftlichen Erfordernissen unter Berücksichtigung auch grenzüberschreitender Handelsströme erfolgen. Die Rohstoffqualität sollte bei der Abwägung in planerischen Entscheidungsprozessen entsprechend stärkere Berücksichtigung finden. Administrative Vorgaben auf Landesebene mit Preisbeeinflussungseffekten werden abgelehnt. Im Übrigen widersprechen sie der eingangs genannten EU-Intention, Europas Versorgung mit Rohstoffen auch durch heimische „Quellen“ nicht versiegen zu lassen.